

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 225 vom 22.11.2011

Zusammenlegung von Landesämter für Verfassungsschutz

Lakenmacher: Zusammenlegung der Verfassungsschutzbehörden Brandenburg und Berlin ist auf lange Sicht keine Option

Björn Lakenmacher, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, steht einer Zusammenlegung der Verfassungsschutzbehörden von Brandenburg und Berlin ablehnend gegenüber:

„Die Zusammenarbeit und Kooperation mit Brandenburg ist im vorgestellten Koalitionsvertrag von SPD und CDU im Land Berlin zur bloßen Randnotiz degradiert worden. Die neue rot-schwarze Regierung im Land Berlin macht damit deutlich, was sie vom rot-roten Kuriositätenkabinett in Brandenburg hält: Sie billigt dieser Regierungskonstellation schlicht keine Verlässlichkeit zu!

Aber nicht allein vor diesem Hintergrund steht eine Zusammenlegung der beiden Verfassungsschutzbehörden derzeit außerhalb einer ernsthaften Diskussion: Die Metropolstadt Berlin einerseits und Brandenburg als das fünftgrößte Flächenland der Republik andererseits bedeuten jeweils sehr unterschiedliche Beobachtungsfelder und Beobachtungsräume für die beiden Verfassungsschutzbehörden. Dies erfordert dann auch eine unterschiedliche Arbeitsweise, welche durch ein künstlich aufgeblähtes Zentralgestirn erheblich erschwert würde.“

Hintergrund:

Der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Wolfgang Bosbach (CDU), hatte gestern auf einer Sondersitzung des Bundestagsinnenausschusses als Konsequenz aus der Mordserie von Thüringer Neonazis für einen Zusammenschluss kleinerer Landesämter für Verfassungsschutz plädiert. Bosbach dazu: „Je kleinteiliger die Organisation, desto eher können wichtige Informationen fehlen und Reibungsverluste entstehen“.

Der Justizminister des Landes Brandenburg, Volkmar Schöneburg (Linke) steht einer solchen Fusion aufgeschlossen gegenüber. Schöneburg weiter: „Von der Sache her wäre eine Zentralisierung durchaus diskutabel. Ich würde mir da keine Denkverbote auferlegen“.